

AntragstellerIn:

Juso-HSG#1/ Juso-HSG#2/ Juso-HSG#3

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen:

In § 8 (2) der Organisationssatzung der Studierendenvertretung „Adams-Verfahren“ durch „Sainte-Laguë-Verfahren“ zu ersetzen, sodass die neue Fassung des Absatzes lautet:

„(2) Die Abgeordneten werden über eine freie, geheime und gleiche Listenwahl gewählt. Die Anzahl der Abgeordneten, die pro Liste in den Studierendenrat gewählt werden, ergibt sich aus dem Sainte-Laguë-Verfahren. Das Nähere regelt die Wahl- und Urabstimmungsordnung.“

Zudem soll § 16 (1) der Wahlordnung entsprechend angepasst werden. Während die alte Fassung lautet:

„(1) Die Initiativen werden in personalisierter Listenwahl gewählt. Die Mandate werden nach einem ganzzahligen Höchstzahlverfahren, bei welchem die Folge mit null beginnt, vergeben (Adams-Verfahren). Treten weniger Initiativen an, als es Mandate zu vergeben gibt, erhält jede Initiative, auf die mindestens eine Stimme entfallen ist, einen Sitz. Die verbleibenden Mandate werden nach dem D'Hondt-Verfahren vergeben. Treten mehr Initiativen an, als es Mandate gibt, werden die Mandate an die zehn Initiativen mit den meisten Stimmen vergeben.“

Soll die neue Fassung heißen:

„(1) Die Initiativen werden in personalisierter Listenwahl gewählt. Die Mandate werden nach einem Höchstzahlverfahren mittels der Methode der ungeraden Zahlen, bei welchem die Folge mit eins beginnt, vergeben (Sainte-Laguë-Verfahren).“

Begründung:

Durch die Anpassung der Organisationssatzung und der Wahlordnung der Verfassten Studierendenschaft soll eine systembedingte Ungerechtigkeit des momentanen Wahlsystems behoben werden, das die Verteilung der Initiativenplätze betrifft. Dieses Verfahren sorgt dafür, dass kleine Listen zulasten der stärksten Listen im Studierendenrat bevorzugt werden. In der Praxis bedeutet dies, dass bei einer Wahl, bei der zehn Listen um zehn Plätze konkurrieren, bei einer Stimmenverrechnung nach dem Adams-Verfahren bereits vor der Auszählung aller Stimmen klar ist, dass jede der Listen einen Platz im Gremium erhält und umgekehrt keine Liste mehr als einen Platz erlangen kann. Die Initiativen erfüllen im Studierendenrat hinsichtlich der politischen Meinungsbildung eine überaus wichtige Funktion. Sie sind aktive Mitglieder der Diskussionen und arbeiten auch darüber hinaus in universitären Gremien mit. Durch das aktuelle Wahlsystem wird jedoch die Funktion von Wahlen ad absurdum geführt. Eine wichtige Aufgabe von Wahlen ist die Repräsentation, also die Schaffung eines Abbilds der Wähler*innenschaft in der gewählten Körperschaft. Dieser Aspekt kann durch das Adams-Verfahren nicht gewährleistet werden. Es wurde bereits kurz dargestellt, dass hier bei dem Antreten von 10 Listen für 10 Plätze jede Liste einen Platz erhält. Dabei spielt es keine Rolle, wie groß die Differenz der Stimmen zwischen größter und kleinster Liste ist. Dies kann dazu führen, dass die stärkste Liste 1000 Wähler*innen vertritt, die schwächste jedoch nur 10. Da beide Listen jeweils nur eine Stimme im Stura besitzen, ist eine adäquate Interessensrepräsentation also nicht möglich.

Ein weiteres Problem ergibt sich hinsichtlich der Gleichheit der Wahl. Dabei wird gemeinhin zwischen dem Erfolgswert und dem Zählwert der Stimmen unterschieden. Der Zählwert bedeutet, dass jede Stimme bei der Auszählung gleich viel zählt. Dies ist im Stura-System unzweifelhaft gegeben. Komplexer wird es jedoch hinsichtlich des Erfolgswerts der Stimmen, der auf die Verrechnung der Stimmen abzielt. Dabei geht es um das Verhältnis von Stimmen pro Mandat. Hier weist das vorhandene System erhebliche Mängel auf. Als Beispiel können die Ergebnisse der letzten Sturawahl herangezogen werden. Die stärkste Liste, campusgrün, erhielt bei der Wahl 2016 4721 Stimmen und damit ein Mandat im Studierendenrat. Die schwächste Liste, die ein Mandat erzielte, war die Liberale Hochschulgruppe mit 1365 Stimmen. Daraus

ergibt sich das Verhältnis von 3.45:1. Die Stimme der Wähler*innen von campusgrün war also 3.45-mal weniger wert als die der Wähler*innen der LHG. Diese Ungleichheit der Wahl könnte durch einen Wechsel in das Sainte-Laguë-System aufgefangen werden. Dieses Wahlsystem ist dafür bekannt, weder große noch kleine Gruppen zu bevorzugen und hinsichtlich der Erfolgswertgleichheit bestmögliche Ergebnisse zu erzeugen. Aus diesem Grund ist eine Änderung der Satzung dringen empfohlen.

Ein letztes Argument betrifft die Arbeit der Initiativen. Wahlen sind immer auch eine Möglichkeit für die Wähler*innen, die Arbeit der sie repräsentierenden Initiativen zu honorieren bzw. zu sanktionieren. Wer durch gute Vorschläge und regelmäßige Aktionen Aufmerksamkeit erregt, kann also damit rechnen, bei der nächsten Wahl Stimmzuwächse zu verzeichnen. Die Wahl wird somit zu einem Anreiz für die Gruppen, sich in besonderem Maße für die Interessen der Studierenden einzusetzen. Im Adams-System jedoch greift diese Logik nicht. Da es hier aufgrund der Sitzgarantie für die besten zehn Listen maximal zu einem Wettkampf zwischen den schwächsten Listen kommt, besteht gerade für die stärksten Listen keinerlei Anreiz, einen besonderen Einsatz zu zeigen. Auch aus diesem Grund würde erst ein Wechsel des Sitzzuteilungsverfahrens hin zu Sainte-Laguë zu zufriedenstellenden Ergebnissen führen.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).